

DER DIREKTOR
der
Eidgenössischen Handelsabteilung

Bern, den 26. März 1971

Herrn Bundeskanzler Dr. K. Huber,
3003 B e r n .

Lieber Herr Huber,

Vielen Dank für Ihren freundschaftlichen Hinweis auf das Informationsproblem in Belangen der europäischen Integration.

Im Zusammenhang mit meiner Berichterstattung über den Stand der exploratorischen Gespräche in Brüssel hat die bundesrätliche Delegation für Finanz und Wirtschaft am vergangenen Dienstag von sich aus diesen Fragenkomplex besprochen und ist zur Auffassung gelangt, dass die Voraussetzungen für eine Informationskampagne noch nicht erfüllt seien. Ihre Anregung ist dadurch bereits beantwortet.

Ich möchte Ihnen jedoch gerne meine persönlichen Erwägungen unterbreiten. Wie Sie dem beiliegenden Bericht, den ich der bundesrätlichen Delegation erstattet habe und den ich Ihnen streng persönlich zugehen lasse, entnehmen können, ist die Situation vorderhand noch sehr unübersichtlich. Wir glauben, unsere Gesprächspartner über die sachliche Richtigkeit unserer Konzeption überzeugt zu haben, wissen aber auch, dass diese die Meinung der Kommission nicht präjudizieren können. Wir wissen ferner, dass in der Kommission die Auffassungen stark auseinandergehen. Während der für unsere Verhandlungen zuständige Kommissar, der Franzose Deniau, wahrscheinlich bereit wäre, unsere Vorstellungen in positivem Sinne zu vertreten, werden doktrinäre "Europäer" der ersten Generation, wie Mansholt und Spinelli, eine derartige Regelung zu hintertreiben suchen. Wir haben daher ein eminentes Interesse, dass die uns positiv gesinnten Kommissionsmitglieder die Aussprache in der Kommission sorgfältig vorbereiten können, ohne dass vorzeitig die Gegenkräfte geweckt werden. Die allzu optimistische Berichterstattung in der Presse

- 2 -

über die letzte Explorationsrunde hat uns diesbezüglich nach Meldungen unserer Mission in Brüssel sehr geschadet und unsere Gesprächspartner veranlasst, ihre Haltung zu versteifen, um sich der Vorwürfe eines allzu nachgiebigen Einlenkens auf unsere Vorstellungen zu erwehren. Neben dieser verhandlungstaktischen Schwierigkeit ergibt sich aber auch ein intern-schweizerisches Problem. Wenn wir vor der schweizerischen Öffentlichkeit eine Lösungsvariante vertreten, von der wir noch nicht wissen, ob sie eine Chance hat, würde eine später allfällig nötig werdende Kurskorrektur dem Bundesrat als Niederlage oder Fehleinschätzung der internationalen Kräfteverhältnisse angekreidet werden.

Eine dritte Schwierigkeit besteht darin, dass im Falle einer öffentlichen Diskussion, der unser Modell nicht zugrunde gelegt würde, die antieuropäischen Argumente so stark zum Ausdruck kämen, dass die Glaubwürdigkeit unserer Haltung in Brüssel dadurch Schaden erleiden würde.

Die Alternative ist somit eindeutig: Entweder geben wir dem innenpolitischen Druck auf Information und öffentliche Debatte nach und dann verbauen wir uns die Chancen, zu einem für uns tragbaren Arrangement zu kommen; oder wir nehmen das Odium der Geheimnistuerei auf uns und wahren damit die Aussichten auf eine befriedigende Lösung in Brüssel.

Die Wahl scheint mir nicht schwer. Die verantwortlichen Politiker aller Richtungen kennen unsere Konzeption - wir haben in den Parlamentskommissionen ergiebig und regelmässig darüber diskutiert - und die von uns angestrebte Lösung findet ihre einhellige Unterstützung. Lässt sie sich verwirklichen, wird ein allgemeines Aufatmen eintreten und man wird dem Bundesrat attestieren, einen grossen Erfolg gebucht zu haben.

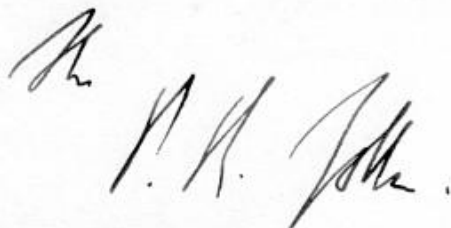
Anders wäre es, wenn die in Diskussion stehende Lösung von einem grossen Teil der Bevölkerung abgelehnt würde. Dann könnte die schweizerische Beschlussfassung durch den Vorwurf erschwert werden, der Bundesrat habe hinter verschlossenen Türen einen präjudiziellen Entscheid gefasst und "manipuliert".

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auf Grund der Lektüre meines Berichtes mir mitteilen würden, ob Sie die Verhältnisse anders beurteilen. Im übrigen glaube ich, dass eine Intensi-

- 3 -

vierung der "Basisinformation" durchaus möglich ist. Wir beabsichtigen nach wie vor, auf die Juni-Session die Motion Furgler wenigstens insoweit zu beantworten, als die bisherige Entwicklung geschildert und die Tätigkeit der EG einerseits und der EFTA andererseits einlässlich dargelegt werden. Dadurch werden die Zusammenhänge bewusst gemacht, die den Ausgangspunkt für den schweizerischen Entscheid über die anzustrebende Lösung bilden. Die Schilderung dieser Lösung wird dann nach Bekanntgabe des EG-Kommissionsberichtes an den Ministerrat, also vermutlich im Herbst, erfolgen können.

Mit freundlichen Grüßen



1 Beilage